

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt und Klima

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 12.03.2025
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:25 Uhr
Ort, Raum: Stadthalle, WittasträÙe 5, 36251 Bad Hersfeld

Anwesend:

Mitglieder

Herr Thomas Bös
Herr Lars Olaf Ullrich
Herr Sahin Cenik
Herr Thomas Daube
Herr Karl-Heinz Hüter
Herr Rolf Malachowski für Herrn Frank Berg
Frau Amy Petzel
Herr Thomas Schaffert
Herr Jürgen Richter für Herrn Michael Barth

von der Stadtverordnetenversammlung

Herr Lothar Seitz
Frau Andrea Zietz

vom Magistrat

Frau Anke Hofmann

Schriftführer/in

Frau Vanessa Gajek

von der Verwaltung

Herr Martin Bode
Herr Marcel Schenk
Herr Johannes van Horrick

Entschuldigt:

Tagesordnung:

- 1. Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**
- 2. Sachstand Tennet-Leitung**
- 3. Entwurfsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 3.5 "Einzelhandel Homberger Straße" - Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13a BauGB
1231/20**
- 4. Sachstandsbericht Mobilitäts- und Verkehrsplanung
1232/20**
- 5. Sachstandsbericht Bahnhofsgebäude**
- 6. Verschiedenes**

zu 1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Herr Bös begrüßt alle Anwesenden zur Ausschusssitzung. Daraufhin stellt er die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

zu 2 Sachstand Tennet-Leitung

Herr van Horrick teilt mit, dass eine Anfrage der Leitungsbauer zur Nutzbarkeit der Feldwege vorliegt und die Stadtverwaltung diese derzeit bearbeitet. Weitere Informationen liegen nicht vor.

Beschluss:

zur Kenntnis genommen

**zu 3 Entwurfsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 3.5 "Einzelhandel Homberger Straße" - Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13a BauGB
1231/20**

Herr van Horrick erläutert die Vorlage und teilt mit, dass der Bebauungsplan auf Grundlage der Ergebnisse aus dem der Vorlage beiliegenden Einzelhandelsgutachten erstellt worden ist. Das Einzelhandelsgutachten untersucht mehrere Erweiterungsvorhaben innerhalb des Stadtgebietes, darunter fällt u.a. die mit dem Bebauungsplan betrachtete Erweiterung des Lidl-Marktes in der Homberger Straße.

Beschluss:

Der vorliegende Entwurf des Bebauungsplans Nr. 3.5 „Einzelhandel Homberger Straße“ wird gebilligt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Verfahren gemäß § 3 Abs. 2 BauGB (Veröffentlichung im Internet) und gemäß § 4 Abs. 2 BauGB (Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie Nachbargemeinden) durchzuführen.

einstimmig beschlossen

**zu 4 Sachstandsbericht Mobilitäts- und Verkehrsplanung
1232/20**

Bürgermeisterin Hofmann erläutert, dass der vorliegende Sachstandsbericht den ersten Bericht des regelmäßigen Informationsaustauschs zwischen der Stadtverwaltung, dem Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt und Klima sowie der Öffentlichkeit zu Themen der Mobilitäts- und Verkehrsplanung darstellt. Die sieben Projekte dieses Berichts werden einzeln vorgestellt. Nach jeder Präsentation besteht die Möglichkeit, Fragen zu stellen, bevor das nächste Projekt folgt.

1. Bahnprojekt Fulda-Gerstungen

Herr Schenk erläutert den Sachstand zum Bahnprojekt Fulda-Gerstungen entsprechend der Vorlage

Ausschussmitglied Herr Richter fragt nach, inwiefern sich die Sanierung der Bestandsstrecke, welche zeitlich vor der Neubaustrecke terminiert ist, auf diese auswirkt.

Herr Schenk erläutert, dass die Ausbaustrecke und die Neubaustrecke gemeinsam betrachtet werden und die Lärmschutzmaßnahmen für den gesamten Korridor ausgearbeitet werden.

Bürgermeisterin Frau Hofmann ergänzt, dass hierzu Diskussionen innerhalb der Arbeitsgruppe Parlamentarische Befassung stattfinden. Die Streckensanierung ist ein

Thema, für das der Bund zunächst das entsprechende Geld benötigt. Die Umsetzung ist für 2027/2028 angedacht, wobei erwartet wird, dass auch die Stadt in den Prozess einbezogen wird.

Ausschussvorsitzender Herr Bös stellt die Frage nach den erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen und der entsprechenden Einfügung der sechs Meter hohen Lärmschutzwände in das Stadtbild.

Bürgermeisterin Frau Hofmann erläutert, dass über konkrete Lärmschutzmaßnahmen noch nicht entschieden worden ist. Für die Gestaltung der Lärmschutzwände wird ein Büro beauftragt, welches gemeinsam mit der Stadt Gestaltungsvarianten entwirft. Hierfür wird auch ein Beteiligungsverfahren durchgeführt, deren genauer Ablauf noch festgelegt werden muss.

Ausschussvorsitzender Herr Bös fragt nach dem Lärmschutzgutachten, das für die Umsetzung von Lärmvorsorgemaßnahmen erforderlich ist.

Herr Schenk bittet darum, die Frage in das Protokoll aufzunehmen, um sie in der nächsten Sitzung beantworten zu können. Ausschussvorsitzender Herr Bös stimmt dem zu.

Ausschussvorsitzender Herr Bös erläutert, dass die erwartete Erhöhung der Fahrgastzahlen eine leistungsfähige Anbindung des Umfeldes an den Bahnhof erfordert und fragt nach, wie mit dieser Umfeldgestaltung verfahren wird.

Herr Schenk erläutert, dass innerhalb der Arbeitsgruppe Parlamentarische Befassung die Kernforderungen aufgestellt werden, welche die Themen beinhalten, die über die gesetzliche Pflicht der Deutschen Bahn hinausgehen. Eine dieser Kernforderungen trägt den Titel „Bahnhof Bad Hersfeld als multimodaler Verknüpfungspunkt“ und thematisiert die Optimierung der Bahnhofsanbindung für alle Verkehrsmittel.

Ausschussvorsitzender Herr Bös ergänzt, dass das Erreichen der prognostizierten Fahrgastzahlen wichtig für den Erhalt des Fernverkehrshalts in Bad Hersfeld ist. Weiterhin fragt er nach, ob eine städtebauliche Betrachtung erfolgt ist.

Bürgermeisterin Frau Hofmann teilt mit, dass mit der Deutschen Bahn eine Kooperationsvereinbarung geschlossen wurde. Der Inhalt der Vereinbarung umfasst die Beauftragung eines Büros für die Gestaltung der Lärmschutzwände. Die Ausschreibung und Entscheidung für das Büro liegen bei der Deutschen Bahn. Alles darüber hinaus wird in der Arbeitsgruppe Parlamentarische Befassung bearbeitet.

Ausschussvorsitzender Herr Bös erkundigt sich, ob die Kooperationsvereinbarung öffentlich zur Verfügung steht und ob eine Bereitstellung für die städtischen Gremien möglich ist.

Bürgermeisterin Frau Hofmann antwortet, dass die Kooperationsvereinbarung nicht öffentlich zugänglich ist. Eine Bereitstellung für die städtischen Gremien kann erfolgen. Die als Anlage zum Protokoll beigefügte Kooperationsvereinbarung ist auf

Wunsch von Bürgermeisterin Frau Hofmann ausschließlich für die Ausschussmitglieder einsehbar.

Ausschussvorsitzender Herr Bös fragt nach, ob die Kooperationsvereinbarung eine Behinderung für die formulierten Kernforderungen darstellen kann.

Bürgermeisterin Frau Hofmann teilt mit, dass die Kernforderungen nicht durch die Kooperationsvereinbarung beeinträchtigt werden.

2. Ersatzneubau Hochstraße Peterstor

Herr Schenk erläutert den Sachstand zum Ersatzneubau Hochstraße Peterstor entsprechend der Vorlage.

Herr Schenk und Bürgermeisterin Frau Hofmann betonen, dass die DEGES das Verkehrsgeschehen während der Bauzeit durch Verkehrsbeobachtungen und -zählungen verfolgt und die Ampelphasen entsprechend des Verkehrsgeschehens anpassen muss. Der Personenkreis des Projekts ist weit gefächert mit Vertretern des Landkreises, der Stadtverwaltung, der Polizei, des ÖPNV und von Hessen Mobil.

Ausschussmitglied Herr Richter fragt nach der Fuß- und Radverkehrsführung während der Bauzeit.

Herr Schenk und Herr Bode führen aus, dass es während der fünfeinhalb Jahre dauernden Bauzeit zu zwei Bauphasen kommt. Während der ersten Bauphase, in der der nördliche Brückenabriss erfolgt, ist die bestehende Unterführung für Fuß- und Radverkehr weiterhin nutzbar. Voraussichtlich 2028 startet die zweite Bauphase mit dem Abriss des südlichen Brückenbauwerks, welcher eine Sperrung der Unterführung erfordert. Für diesen Zeitraum wird ein (nicht barrierefreies) Ersatzbauwerk für den Fußverkehr errichtet. Die Unterführung im Bereich des Bahnhofs dient als alternative Querung der Bahngleise. Die touristischen Radrouten werden umgeleitet. Außerdem wird vor dem Gebäude der Stadtverwaltung in der Breitenstraße 57 eine zusätzliche Lichtsignalanlage für den Fußverkehr errichtet.

Ausschussvorsitzender Herr Bös fragt nach, wann die zusätzliche Lichtsignalanlage in der Breitenstraße errichtet wird.

Herr Bode verweist auf die Informationsveranstaltung der DEGES am 26.03.2025, bei der auf diese und weitere Fragestellungen eingegangen werden kann.

Ausschussmitglied Herr Ullrich erkundigt sich nach dem Lkw-Fahrverbot für Fahrzeuge über siebeneinhalb Tonnen und fragt nach der Ausnahmeregelung für Anlieger.

Bürgermeisterin Frau Hofmann erläutert, dass Anlieger aus einem Umkreis von 60 km die Straßen auch während der Bauzeit nutzen dürfen.

Ausschussmitglied Herr Ullrich betont, dass die Verkehre der ortsansässigen und aus dem Umfeld stammenden Logistikunternehmen ebenfalls unterbunden werden

sollen. Es könne nicht ausgeschlossen werden, dass diese weiterhin durch das Stadtgebiet fahren, um gewisse Autobahnpassagen innerhalb des 60-km-Radius zu umfahren.

Bürgermeisterin Frau Hofmann erläutert, dass der Landkreis hierbei die anordnende Behörde ist und die Definition des Begriffs „Anliegers“ rechtlich festgelegt ist.

Ausschussmitglied Herr Malachowski betont, dass bereits jetzt beispielsweise in der Wehneberger Straße ein hohes Lkw-Aufkommen herrscht und damit eine Lärmbelästigung für die Anwohner einhergeht und es zu Geschwindigkeitsüberschreitungen kommt. Ein Lkw-Verbot für die Anlieger innerhalb des 60-km-Radius sollte zumindest vorübergehend für die Bauzeit möglich sein.

Ausschussmitglied Herr Richter stimmt dem zu und ergänzt, dass es zum Hessentag auch möglich war diese Verkehre zu unterbinden.

Bürgermeisterin Frau Hofmann erläutert, dass das Projekt mit höchster Sorgfalt bearbeitet wird und eine verträgliche Verkehrsabwicklung dabei ein wichtiges Anliegen ist. Da die Stadtverwaltung für diese Fragestellungen aber der falsche Ansprechpartner ist, bittet sie den Ausschuss die Fragen bei der Veranstaltung am 26.03.25 zu stellen.

Ausschussvorsitzender Herr Bös betont ebenfalls, dass die erläuterte Lösung nicht zufriedenstellend ist und schließt damit die Diskussion um die Anliegerverkehre.

Ausschussmitglied Herr Ullrich fragt nach, ob ein Rettungsplan für eine Sicherstellung der Rettungswege zum Klinikum vorhanden ist.

Herr Schenk teilt mit, dass der Landkreis bei jeder Abstimmung beteiligt wird und entsprechende Maßnahmen ergreifen kann. Weitere Informationen werden bei der Veranstaltung am 26.03.25 präsentiert.

Ausschussmitglied Herr Ullrich fragt nach, ob sich das Baustellenkonzept kurzfristig noch ändern kann.

Bürgermeisterin Frau Hofmann erläutert die Vereinbarung, dass seitens der DEGES ein Funktionieren des Konzepts sichergestellt werden muss.

3. Gesamtverkehrskonzept Rechberggelände

Herr Schenk erläutert den Sachstand zum Gesamtverkehrskonzept Rechberggelände entsprechend der Vorlage.

Herr Bode weist in diesem Zuge auf den Ausbau der Kreuzung Heinrich-von-Stephan-Straße / Max-Becker-Straße hin, welcher u.a. dem Ausbau der Barrierefreiheit dient. Für die Maßnahme besteht keine Abhängigkeit vom Beschluss des Haushalts, da sie bereits beauftragt ist.

Ausschussvorsitzender Herr Bös fragt nach, ob die geplanten Fahrradpiktogramme ausschließlich das Fahrradsymbol beinhalten oder auch ein Schutzstreifen abmarkiert wird.

Herr Bode teilt mit, dass die Fahrbahnbreite keinen Schutzstreifen zulässt. Das Fahrradsymbol wird zur Aufmerksamkeitserregung mit einem Doppelpfeil versehen.

Ausschussmitglied Herr Richter merkt an, dass die Öffnungen der Einbahnstraßen für den Radverkehr ebenfalls auf der Fahrbahn markiert werden sollte und verweist auf die vergleichbare Situation im Vlāmenweg. Die Anbringung des Verkehrszeichens allein reicht nicht aus, um auf den entgegenkommenden Radverkehr aufmerksam zu machen.

Herr Bode teilt mit, dass der Vorschlag im Rahmen der straßenverkehrsrechtlichen Möglichkeiten geprüft werden kann.

Herr Bös sieht in der vorgeschlagenen Maßnahme eine Verbesserung der Sicherheit für Radfahrer und hält die Prüfung für angebracht.

Herr Schenk ergänzt den Sachstandsbericht zum Gesamtverkehrskonzept Rechengelände um Aussagen zur Konzeptplanung und Simulation.

Ausschussmitglied Herr Ullrich fragt nach, ob hierbei auch die vorliegenden Planungen zu den Kreisverkehren in den umliegenden Straßen berücksichtigt werden.

Herr Schenk bestätigt dies.

4. Machbarkeitsstudie Zweite Zufahrt Wehneberg

Bürgermeisterin Frau Hofmann führt an, dass seit dem letzten Termin im September 2024 kein Bedarf für den runden Tisch angemeldet wurde. Seitens der Stadtverwaltung wurde kürzlich ein Angebot mit einem neuen Terminvorschlag gemacht, auf welches nicht eingegangen wurde.

Herr Schenk erläutert den Sachstand zur Machbarkeitsstudie Zweite Zufahrt Wehneberg entsprechend der Vorlage. Er teilt mit, dass die Umwelt- und Verkehrsuntersuchung beauftragt wurden und aktuell durchgeführt werden.

Herr van Horrick teilt mit, dass die bauliche Untersuchung ausgeschrieben ist, sich die Unterlagen in Vorbereitung befinden und die Untersuchung bis Herbst durchgeführt sein wird.

Ausschussmitglied Herr Richter stellt dar, dass es sich bei der Zweiten Zuwegung um ein langfristiges Projekt handelt und fragt nach, inwiefern aktuelle Planungen zur Entlastung der Straßen bestehen.

Herr van Horrick erläutert, dass die Baustraße für den Bau des Klinikums im Vorfeld eingerichtet wurde. Die Abwicklung des Aushubverkehrs verlief unproblematisch und

auch seitens der Anlieger wurden keine Beschwerden vorgetragen. Die Baustraße steht auch zukünftig für die Abwicklung der Baustellenverkehre zur Verfügung.

Ausschussvorsitzender Herr Bös teilt mit, dass die Bürgerinitiative Verkehrswende Wehneberg vorab um Rederecht gebeten hat. Es wird darüber abgestimmt, ob die Bürgerinitiative fünf Fragen stellen darf.

Abstimmungsergebnis: 3 Stimmen dafür
Die Bürgerinitiative erhält aufgrund der Stimmenminderheit kein Rederecht.

Bürgermeisterin Frau Hofmann teilt mit, dass die Bürgerinitiative ihre Fragen an die Stadtverwaltung richten kann. Auch können die Fragen beim nächsten Termin für den runden Tisch besprochen werden.

Ausschussvorsitzender Herr Bös ergänzt, dass eine Förderung des Nahverkehrs betrachtet werden muss, um die Reduzierung des Kfz-Verkehrs zu erzielen.

5. Dienstliche Mobilität

Herr Schenk erläutert den Sachstand zur dienstlichen Mobilität entsprechend der Vorlage.

Ausschussvorsitzender Herr Bös erkundigt sich, ob es Ideen für behördeneigene La-destationen gibt.

Herr Schenk teilt mit, dass diese Fragestellung bei Zusage des Fördermittelgebers genauer betrachtet wird.

6. Verkehrsberuhigung der Kernstadt

Herr Schenk erläutert den Sachstand zur Verkehrsberuhigung der Kernstadt entsprechend der Vorlage.

Ausschussvorsitzender Herr Bös und Ausschussmitglied Herr Ullrich fragen nach, welche Straßen von den Maßnahmen betroffen sind.

Herr Schenk und Herr Bode erläutern, dass der gesamte nördliche Bereich innerhalb des Stadtrings als Tempo-30-Zone ausgewiesen werden soll und auch die Freigabe von ausgewählten Einbahnstraßen in Gegenrichtung für den Radverkehr erfolgen soll. Dazu zählt u.a. die obere Frauenstraße, welche hierfür an einer Stelle baulich angepasst werden muss. Die untere Frauenstraße kann aufgrund der schmalen Straßenbreite nicht genutzt werden. Bereits im Bestand sind mehrere Straßen für den Radverkehr freigegeben. So sind der Hintere Steingraben und die Antoniengasse bereits für den Radverkehr geöffnet, ebenso wie die Hospitalgasse, der Vlämeweg, die Wittastrasse, die Lullusstraße und der Stiftsbezirk.

Es wird angedacht, die Querung der Fußgängerzone für den Radverkehr zu ermöglichen, insbesondere auf der Achse Hanfsack – unter den Hütten – Kirchplatz – An der Untergeis. Herr Bode betont, dass eine Querung der Fußgängerzone angestrebt

wird, nicht aber eine vollständige Befahrbarkeit und Öffnung für den Radverkehr. In den Querungsbereichen sind dann entsprechende Fahrradpiktogramme im Bodenbelag einzulassen.

Ausschussvorsitzender Herr Bös begrüßt die vorgestellten Maßnahmen und fragt nach, ob Planungen zur Erweiterung der Fußgängerzone bestehen, beispielsweise für die Badestube.

Herr Bode antwortet, dass es in der Vergangenheit Diskussionen zur Hinzunahme der Straßen Badestube und An der Untergeis gab, dies aber durch keine aktiven Planungen verfolgt wird. Die Vorlage behandelt auch nicht die Ausweitung der Fußgängerzone, sondern die Verbesserung ihrer Durchquerbarkeit.

Herr Schenk ergänzt, dass ein Großteil der Wohngebiete im Stadtgebiet bereits als Tempo-30-Zone ausgewiesen ist und dadurch in den Bereichen bereits eine Verkehrsberuhigung vorgenommen wurde.

Ausschussvorsitzender Herr Bös regt an, dass eine Ausweisung von Tempo 30 entlang des Stadtrings für die dortige Wohnbevölkerung ebenfalls eine Entlastung darstellen würde.

7. Verkehrsmanagement & Öffentlicher Verkehr

Herr Schenk erläutert den Sachstand zum Verkehrsmanagement und zum Öffentlichen Verkehr entsprechend der Vorlage.

Ausschussvorsitzender Herr Bös teilt mit, dass der Masterplan Mobilität und Verkehr die Ausweisung von Bus- und Umweltspuren nennt und fragt nach, ob es hierzu bereits Überlegungen gibt.

Herr Schenk bittet darum, die Frage in das Protokoll aufzunehmen, um sie in der nächsten Sitzung beantworten zu können. Ausschussvorsitzender Herr Bös stimmt dem zu.

Beschluss:

Vom Sachstandsbericht zur Mobilitäts- und Verkehrsplanung in Bad Hersfeld wird Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

zu 5 Sachstandsbericht Bahnhofsgebäude

Ausschussvorsitzender Herr Bös teilt mit, dass ein Plakat aufgetaucht ist, das die Modernisierung des Bahnhofsgebäudes bewirbt. Er fragt nach, ob es sich dabei um aktuelle Planungen handelt.

Bürgermeisterin Frau Hofmann antwortet, dass das Plakat nicht bekannt sei und es keine aktuellen Planungen für das Bahnhofsgebäude gibt.

Ausschussvorsitzender Herr Bös erkundigt sich, ob es Überlegungen zum Umgang mit dem Bahnhofsgebäude gibt.

Herr van Horrick erläutert, dass im Rahmen der Neubaustrecke die Zugangsmöglichkeit der Gleise Richtung Norden auf Höhe des alten Stellwerks rückt. Das Bahnhofsgebäude ist kein Bestandteil dieser Planungen. Zum Eigentümer des Gebäudes besteht kein Kontakt.

Bürgermeisterin Frau Hofmann ergänzt, dass man in Kontakt mit der Stadt Kassel steht, da das Bahnhofsgebäude sich dort ebenfalls im Privatbesitz befindet. Zum Umgang mit dem Bahnhofsgebäude können Gespräche geführt werden, Bürgermeisterin Frau Hofmann betont allerdings, dass die Deutsche Bahn keinen Kauf des Bad Hersfelder Bahnhofsgebäudes anstrebt.

Ausschussmitglied Herr Malachowski spricht an, dass die Deutsche Bahn den bestehenden Ticketverkauf und den Infopoint ab Herbst 2025 schließt. Es wird die Frage nach Wiederaufnahme des Ticketverkaufs bei Fertigstellung der Neubaustrecke gestellt, auch in Verbindung mit der zu erreichenden Fahrgastzahl.

Bürgermeisterin Frau Hofmann antwortet, dass die Bahn sich derzeit in der Planungsphase befindet, es hierzu keine genauen Aussagen gibt und sie an dem Thema dranbleibt.

Herr Schenk ergänzt, dass auch die Abteilung der Deutschen Bahn „DB Stationdesign“, welche für die Ausstattungselemente des Bahnhofs, wie Infotafeln, Sitzmöglichkeiten etc. zuständig ist, bei den Abstimmungsterminen anwesend ist und die Punkte in die Planung miteinbringt.

zu 6 Verschiedenes

Glasfaserausbau in den Ortsteilen Kathus, Sorga, Allmershausen und Heenes

Ausschussmitglied Herr Richter berichtet, dass Bürgerinnen und Bürger aus Kathus derzeit wieder von der TNG angeworben werden, obwohl der Glasfaserausbau in

den genannten Stadtteilen gestoppt wurde. Er bittet um Nachfrage bei der TNG, wie mit dem Ausbau in den Ortsteilen verfahren wird.

Bürgermeisterin Frau Hofmann stellt richtig, dass der Glasfaserausbau in den Ortsteilen nicht gestoppt, sondern gar nicht begonnen wurde. Sie teilt mit, dass sich um den Kontakt zur TNG bemüht wird.

Rückmeldung zu den 6. Energie- und Klimatagen am 8. und 9. März

Stadtverordnete Frau Zietz spricht ein Kompliment für die Organisation und den Ablauf der 6. Energie- und Klimatage, insbesondere an Herrn Wiegand, aus.

Da es keine weiteren Punkte, Anmerkungen oder Fragen gibt, bedankt sich der Ausschussvorsitzende für die Sitzung und schließt diesen Teil der Ausschusssitzung um 18:25 Uhr und erinnert an den folgenden Ortstermin zur Beleuchtungsbeprobung im Schildepark.

gez. Thomas Bös
Vorsitzender

gez. Vanessa Gajek
Protokollführer/in